

// Vorsitzende //

GEW Thüringen • Heinrich-Mann-Str. 22 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Kathrin Vitzthum
Vorsitzende

Telefon: 0361 590 95 12
Telefax: 0361 590 95 60
Mobil: 0151 127 592 81
kathrin.vitzthum@gew-thueringen.de

Erfurt, 21. März 2022

Anhörungsverfahren:

Drs. 7/3731 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das Thüringer Bildungswesen stärken – Schlussfolgerungen der Corona-Monate umsetzen

Drs. 7/4090 Antrag der Fraktion der CDU: Lernlücken schließen – Bildungschancen wahren – Aus der Corona-Krise lernen – Schule der Zukunft auf den Weg bringen

Drs. 7/4194 Alternativantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP: Selbstverantwortung der Schulen respektieren und fördern – Erfahrungen aus der Corona-Pandemie für Modernisierung des Schulwesens nutzen

Sehr geehrte Mitglieder des Bildungsausschusses,

wir bedanken uns, dass wir als GEW Thüringen zu den Anträgen Stellung nehmen können. Da sich viele Punkte in den Anträgen überschneiden, so dass sich die Antworten zu den Einzelanträgen teilweise wiederholen würden, haben wir uns entschlossen, nur den Fragenkatalog am Ende des Dokumentes zu beantworten.

Für Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Kathrin Vitzthum

Fragenkatalog

1. In welchen Bereichen sind, Ihrer Meinung nach, die größten Probleme während der Corona-Monate deutlich geworden?

Die größten Probleme aus unserer Sicht waren bzw. sind:

- unzureichende Personalausstattung und fehlende Raumkapazitäten,
- Infektionsrisiko für Pädagog:innen, kaum Luftfilter in Klassenräumen,
- teilweise mangelnde technische Voraussetzungen für Homeschooling sowohl in den Schulen als auch in vielen Privathaushalten,
- mangelndes Benachrichtigungsmanagement,
- hoher Anteil von (vorwiegend nicht anrechenbarer) Mehrarbeit insbesondere bei Schulleiter:innen, neben Notbetreuung sowie Wechsel- und Distanzunterricht auch Übertragung vieler nichtpädagogischer Tätigkeiten (Tests, Kontaktnachverfolgung, Elterninformationen, Dokumentation usw.),
- Wissenslücken bei den Schüler:innen, Schere zwischen gesellschaftlichen Schichten klafft immer weiter auseinander, Aufholen nach Corona wird nicht überall gelingen,
- fehlende soziale Kontakte führen vermehrt zu psychischen Problemen bei Schüler:innen,
- ausgefallene schulische Projekte lassen sich häufig nicht nachholen (berufsvorbereitende Maßnahmen, Klassen- und Studienfahrten, Wettbewerbe usw.) .

Auf die genannten Problemlagen wird bei den folgenden Fragen detaillierter eingegangen.

2. Wie bewerten Sie die Unterstützung des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport sowie des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien während der Corona-Monate?

Die besondere Herausforderung während der Pandemie war und ist es, das Recht auf Bildung und Erziehung bei bestmöglichem Gesundheitsschutz zu gewährleisten. Dazu wurden eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen erlassen und viele Maßnahmen ergriffen, um die Rahmenbedingungen für die Bewältigung dieser Herausforderung zu schaffen.

Im Nachhinein werden sich manche Entscheidungen als nicht sinnvoll oder gar falsch erweisen, aber gerade zur Beginn der Pandemie musste Sicherheit an erster Stelle stehen. Insbesondere die kompletten Schulschließungen haben ihre Spuren hinterlassen, die Pädagog:innen und Schüler:innen werden noch lange mit den Folgen zu kämpfen haben.

Um das Lernen von Zuhause überhaupt allen Schulen zu ermöglichen, musste schnell reagiert werden.

Mit dem **Ausbau der Schulcloud** ist eine wesentliche und gute Voraussetzung geschaffen wurden, anfängliche Schwierigkeiten wurden relativ schnell behoben. Leitfäden für das häusliche Lernen, Handreichungen und spezifische Fortbildungsangebote waren hilfreich. Der Aufwand für die Pädagog:innen, die sich in die neue Materie einarbeiten mussten, war trotzdem beachtlich, insbesondere für Kolleg:innen, die das Einrichten und die Betreuung der Cloud übernehmen mussten. Dieser Mehraufwand war und ist nicht als Mehrarbeit anrechenbar, Abminderungsstunden konnten nur selten gegeben werden.

Hinderlich war bei der Umsetzung des digitalen Unterrichtes die Verfolgung von Verstößen gegen den **Datenschutz**. Die Notwendigkeit der Einhaltung von Datenschutzrichtlinien steht außer Frage, aber die Drohungen des Thüringer Datenschutzbeauftragten führten zu mehr Ängsten und Verunsicherung bei den Kolleg:innen als notwendig.

Zu viel Unverständnis und hohem Mehraufwand insbesondere für die Schulleitungen sorgten zu

kurzfristige und teils schnell wechselnde politische Entscheidungen. Um neue Anordnungen wie Notbetreuung, Wechselunterricht usw. in der Schule umsetzen zu können, ist ein gewisser **Vorlauf erforderlich**. Der Freitagnachmittag ist als Zeitpunkt für die Information an Schulen, was ab Montag umgesetzt werden soll, viel zu spät und bedeutet für Schulleitungen umfangreiche Mehrarbeit am Wochenende.

Nicht hilfreich waren **voreilige Berichterstattungen in den Medien**, zumal es dann zum Teil doch anders kam. Häufig kontaktierten Eltern die Pädagoge:innen um Auskünfte zu erhalten, damit sie ihrerseits die kommende Woche planen konnten, so mussten Absprachen mit dem Arbeitgeber getroffen und eventuell die Kinderbetreuung organisiert werden. Aber Pressemitteilungen sind für Schulleiter:innen keine Grundlage für Entscheidungen und Auskünfte. Die Verärgerung der Eltern bekamen oftmals die Schulleitungen und Klassenlehrer:innen zu spüren.

In den letzten Wochen wurde auf diese Kritik im Ministerium reagiert. Inzwischen herrscht mit den **Rahmenvorgaben**, innerhalb derer je nach Situation **vor Ort von den Schulleitungen eigenverantwortlich** entschieden wird, mehr Planungssicherheit.

Einige Entscheidungen des Ministeriums haben sich als nicht praxistauglich erwiesen. Dazu gehören die Vorgaben zum **Umgang mit Maskenverweigern**, die möglichst in separaten Räumen betreut werden sollten. Kaum eine Schule verfügt über das Personal und die Räume, so dass diese Schülerinnen doch mit im Klassenraum saßen. Der Gesundheitsschutz der Pädagog:innen war in beiden Fällen nicht gewährleistet. Erst das Betretungsverbot von Masken- und Testverweigerern war konsequent. Das Versorgen mit Unterrichtsstoff und das Nachschreiben der Leistungskontrollen von diesen Schüler:innen bedeuteten wiederum für die Pädagog:innen zusätzlichen Aufwand.

In nicht wenigen Fällen gab es **Bedrohungen und Beleidigungen** durch Eltern, die z.B. als Maskenverweigerer sich und ihre Kinder in ihrer Freiheit ungerechtfertigt eingeschränkt sahen. Das Ministerium und die Schulämter stellten sich, auch medial, hinter die Pädagog:innen und unterstützten teilweise auch vor Ort. Trotz allem war es für die Pädagog:innen vor Ort schwer auszuhalten.

Der deutliche **Mehraufwand**, den die Pädagog:innen während der Pandemie hatten, wurde erst spät und dann nur sehr eingeschränkt als Mehrarbeit angerechnet. Gerade bei Wechselunterricht oder bei fehlender technischer Ausstattung der privaten Haushalte sind Aufgabenstellungen und deren Kontrolle ohne Interaktion mit den Schüler:innen im Sinne der neuen Unterrichtsdefinition **nicht mehrarbeitsfähig**.

Viele Aufgaben mussten von den Pädagog:innen übernommen werden, die nicht zu ihren ursächlichen Aufgaben gehören. **Medizinisch geschultes Personal** wäre für die Aufklärung, Testabwicklung, Kontaktnachverfolgung usw. wünschenswert gewesen. Viele Verwaltungstätigkeiten wie z.B. Telefonate mit Eltern, Schüler:innen, Gesundheitsamt hätten, wenn an Schulen vorhanden, **Verwaltungsassistent:innen** übernehmen können und sollen.

Die **Corona-Sonderzahlung** von 1300 Euro auch für die verbeamteten Kolleg:innen ist eine Wertschätzung der Arbeit in dieser schwierigen Zeit.

3. Wie könnten möglicherweise aufgetretene Defizite Ihrer Auffassung nach in Zukunft behoben werden?

Die wichtigste Aufgabe besteht in der Schaffung einer **ausreichenden Personaldecke**, wobei neben Lehrer:innen, Erzieher:innen und Sonderpädagogischen Fachkräften weiteres pädagogisches und medizinisches Personal (z.B. Schulpsycholog:innen) gemeint ist. Zusätzlich ist eine echte **Vertretungsreserve** vorzuhalten, um kurzfristig auf Ausfälle reagieren zu können sowie Langzeiterkrankte zu kompensieren.

Die Pädagog:innen müssen sich wieder mehr auf ihre eigentliche Aufgabe, den Unterricht konzentrieren können. Dazu müssten insbesondere Verwaltungsaufgaben an entsprechend geschultes Personal (z.B. **Verwaltungsfachkräfte, Verwaltungsassistent:innen**) übertragen werden.

Um die **Digitalisierung an Schulen voranzutreiben**, ist der zügige Breitbandausbau, die Ausstattung der Schulen mit W-LAN, Endgeräten und entsprechenden Arbeitsplätzen für die Pädagog:innen erforderlich.

Die Lehrkräfte müssen in die Lage versetzt werden, die moderne Technik noch besser bedienen zu können und pädagogisch sinnvoll im Unterricht einzusetzen. Hierfür sind geeignete **Fortbildungen** vorzuhalten. **Fachberater:innen**, die derzeit vielerorts und in vielen Fächern fehlen, müssen gewonnen werden.

An Schulen sind **IT-Expert:innen/Medientechniker:innen** einzustellen, die die Pädagog:innen in ihrer Arbeit beraten und unterstützen sowie die Technik warten.

4. Wie bewerten Sie das Lernumfeld für Schülerinnen und Schüler während der Pandemie sowohl in der Schule als auch im Homeschooling?

Die Notwendigkeit des Tragens von Masken ist unbestritten. Fehlende Luftfilter führen jedoch dazu, dass ständiges Lüften, auch zu kalter Jahreszeit, unumgänglich war und ist. Die Temperaturen in den Klassenzimmern waren und sind teilweise sehr unangenehm, was wiederum zu Erkältungskrankheiten führt.

Über den **Erfolg des Lernens** während der Pandemie entschieden die **technische Ausstattung** in der Schule und zuhause, die **Fähigkeit zum eigenständigen Lernen** sowie die **Unterstützung der Eltern**. Nicht alle Schüler:innen haben zu Hause ein geeignetes Lernumfeld, weil Eltern und Geschwister zeitgleich im Homeoffice arbeiten mussten, beengte Wohnverhältnisse einschränkten usw. Die Aufnahme in die Notbetreuung von Kindern mit besonderen Problemen war eine richtige Entscheidung. Für Unverständnis haben auch bei Schüler:innen unterschiedliche Entscheidungen der verschiedenen Gesundheitsämter gesorgt.

Das **Fehlen von sozialen Kontakte** und festen Tagesstrukturen hat bei vielen Schüler:innen zu nachlassender Motivation, vermehrt sogar zu psychischen Problemen geführt.

Die Erleichterungen für Prüfungen haben den Druck auf die Schüler:innen gemildert.

5. Wie schätzen Sie die aktuellen Lehrbedingungen an den Thüringer Schulen ein?

Fehlendes Personal (Tendenz steigend) stellt die meisten Schulen vor große Schwierigkeiten bei der Unterrichtsabsicherung. Der überwiegende Teil der Pädagog:innen geht vorzeitig in den Ruhestand, auf ausgeschriebene Stellen, die infolge des Generationswechsels neu besetzt werden sollen, fehlen Bewerber:innen. Lehramtsstudierende in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern gibt es viel zu wenig.

Ein immer größerer Anteil von **Seiteneinsteiger:innen** führt zur Mehrbelastung der Kolleg:innen, welche ohne oder mit geringer Anrechnung diese neuen Kolleg:innen unterstützen. Viele der Seiteneinsteiger:innen fühlen sich überfordert, es fehlt insbesondere ein Vorlauf bezüglich der Qualifizierung. Seiteneinsteiger:innen sind vom ersten Arbeitstag an Klassenleitung, unterrichten meist mehrere Fächer usw.

Um den Unterrichtsausfällen entgegen zu wirken, werden immer mehr **Abordnungen**, z.T. auch schulartübergreifend notwendig. Erzieher:innen und Sozialpädagogische Fachkräfte werden zunehmend im

Unterricht eingesetzt. Für Fächer, die gar nicht mit ausgebildeten Fachlehrer:innen besetzt werden können, bleibt nur **fachfremder Unterricht**. Die Belastung der Kolleg:innen steigt und die **Qualität des Unterrichts** leidet.

Der steigende Anteil an nichtpädagogischen Tätigkeiten führt dazu, dass sich viele Kollegen **überfordert** fühlen und sich **mehr Zeit für** ihre eigentliche Aufgabe, **das Unterrichten**, wünschen.

Die **digitale Ausstattung** der Schulen einschließlich der Lehrerarbeitsplätze und der dienstlichen Endgeräten ist **sehr unterschiedlich**. Wie Schulträger Schulen an der Auswahl der Geräte beteiligt haben, lief in den Landkreisen und kreisfreien Städten unterschiedlich und nicht immer zur Zufriedenheit der Schulen. Durch die Pandemie entstand in den Schulen Handlungsdruck, viele Kolleg:innen haben sich unter großem Aufwand in dieser Zeit gut in die neuen Unterrichtsmethoden eingearbeitet.

Die Unterstützung der Lehrkräfte durch **weiteres pädagogisches Personal**, z. B. Teamteacher, gibt es zu wenig und nicht kontinuierlich.

Schulentwicklung kam in den letzten zwei Jahren aufgrund der Pandemie vielerorts zu kurz.

Inklusion und Integration beanspruchen die Arbeitszeit der Pädagog:innen in großem Maße. **Zu wenig Sonder-/Förderpädagog:innen und DAZ-Lehrer:innen** stehen einer wachsenden Zahl von Schüler:innen mit Anspruch auf pädagogische, sonderpädagogische oder sprachliche Förderung gegenüber. Nicht alle Schüler:innen können bestmöglich gefördert werden.

Die **mangelnden räumlichen Kapazitäten** ermöglichen an vielen Schulen nur eingeschränkt, Kleingruppenunterricht, Projektunterricht, Planspiele u. ä. zu ermöglichen.

6. Wie können Schulleitungen in Zukunft entlastet werden?

Um Schulleitungen von bürokratischen Vorgaben und Dokumentationen zu entlasten, sind **Verwaltungsassistent:innen** notwendig. Unabhängig davon ist zu überprüfen, inwieweit bestimmte Verwaltungsaufgaben vereinheitlicht oder verringert werden können. Zur Frage einer effizienten Schulverwaltungssoftware haben wir uns bereits vor einiger Zeit geäußert: <https://www.gew-thueringen.de/aktuelles/detailseite/gute-schulverwaltungssoftware-verwaltung-an-schulen-leichter-gemacht>

Die **Eigenverantwortung** der Schulen kann in vielen Bereichen ausgebaut werden, Unterstützung und Rahmenvorgaben durch Ministerien bzw. Schulämter vorausgesetzt. Sie darf aber nicht zu noch mehr Aufgaben führen oder die Verlagerung von Aufgaben aus anderen Bereichen muss dann durch entsprechendes Personal, was den Schulen zur Verfügung gestellt wird, unterstützt werden.

7. Sehen Sie die in den Anträgen getroffenen Schlussfolgerungen als ausreichend an, um auf eine ähnliche Situation in Zukunft gut vorbereitet zu sein?

Die Beschreibung der Situation erfolgt in allen Anträgen sehr konkret, Ursachen und Folgen wurden benannt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen führen jedoch zu noch größerer Belastung der Pädagog:innen, denn es wird sehr schwierig, das dafür notwendige zusätzliche Personal zu gewinnen. Ohne universitär ausgebildete Lehrkräfte besonders in den Mangelfächern zur Unterrichtsabsicherung, ohne IT-Spezialist:innen zur Betreuung des Digitalisierungsprozesses, Verwaltungsassistent:innen, zusätzlichen Schulpsycholog:innen, Sozialarbeiter:innen, Sprachpädagog:innen usw. sind die **vorgeschlagenen Maßnahmen nur eingeschränkt umsetzbar**. Die angesprochenen externen Träger haben auch begrenzte Ressourcen, inwieweit bestimmte Aufholangebote abgesichert werden können, muss sich erst zeigen. In

jedem Fall ist auch hier eine enge Zusammenarbeit/ Zuarbeit durch die Lehrkräfte erforderlich, welches wiederum zu mehr Arbeit führt.

Um allen Schüler:innen aller Schularten sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum gute Bildungschancen zu gewährleisten, muss überlegt werden, wie Personal gewonnen werden kann. Wie soll die Attraktivität des Lehrerberufs konkret gesteigert werden? Die Bereitstellung finanzieller Mittel allein reicht nicht. Eine grundlegende Analyse der Ursachen für die mangelnde Bewerberlage ist notwendig.

Um für die Schüler:innen die Folgen der Pandemie abzuschwächen, sind die vorgeschlagenen Maßnahmen wie zusätzliche Lernzeiten usw. geeignet, **sofern sie durch geeignetes Personal umgesetzt werden können und wenn sie von den Schülerinnen auch angenommen werden.** Zusätzliche Lernzeiten haben nicht nur Auswirkungen allein auf die Schule, sondern auch auf Unterstützungssystem, wie z. B. die Schülerbeförderung. Das ist in den Blick zu nehmen, so dass nicht Schüler:innen bestimmter Regionen (z. B. im ländlichen Raum) oder Familienkonstellationen von zusätzlichen Lernzeiten ausgeschlossen wären.

Wenn aufgrund ähnlicher Situationen wieder alternative Methoden für den Unterricht genutzt werden müssen, sind die Schulen inzwischen besser vorbereitet. Aus den Erfahrungen in den letzten zwei Jahren wissen die Schulen, welche Fehler sich nicht wiederholen dürfen und woran mit Hochdruck gearbeitet werden muss. Aber auch ohne Pandemie muss die Digitalisierung voranschreiten, müssen sehr viele neue Pädagog:innen eingestellt werden, Verwaltungsaufgaben reduziert, Mehrarbeit anerkannt werden usw.

8. Welche weiteren Bereiche sind aus Ihrer Perspektive in den Anträgen nicht aufgegriffen, müssen aber im Nachgang der Pandemie dringend angegangen werden?

Durch die Pandemie traten die genannten Probleme noch deutlicher zu Tage. In den Anträgen wurden die Herausforderungen umfassend beschrieben.

Zu kurz kommt das Thema **Gesundheitsschutz der Pädagog:innen**. Nur Pädagog:innen, die gesund und leistungsfähig sind, die ihren Beruf mit der Familie vereinbaren können, die Fürsorge, Anerkennung und Wertschätzung durch den Arbeitgeber erfahren, können die Herausforderungen der kommenden Zeit – mit und ohne Pandemie – meistern. Deshalb sind Maßnahmen, die der Gesunderhaltung der Pädagog:innen dienen, zu ergreifen, damit nicht noch mehr Kolleg:innen durch Überlastung ausfallen, den Beruf wieder wechseln (Seiteneinsteiger:innen!) oder so bald als möglich in den Ruhestand gehen.